

GRÜNSPAN

Zeitung der GRÜNEN

Bammental – Februar 2016



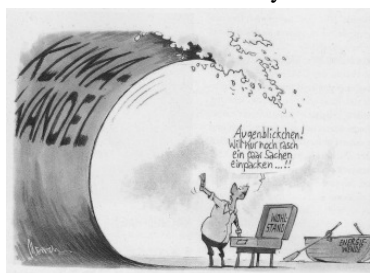
Aus dem Inhalt

- Der Untergang des Musterländles..
- Grüne Flüchtlingspolitik
- Grüner Bildungsaufbruch
- Interview mit dem Landtagskandidaten Hermino Katzenstein
- Wussten Sie schon..

Der Untergang des Musterländles...

... hat nicht stattgefunden, wie selbst die schärfsten Kritiker der Landesregierung neidlos zugeben müssen.

Die grün-rote Landesregierung hat in vielen Bereichen die Weichen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik gestellt. Das gilt nicht nur für die Gemeindereform, die Einführung der Gemeinschaftsschule und im Wissenschaftsbereich. Es gilt auch in der **Wirtschaft**, wo den GRÜNEN doch angeblich die Kompetenz fehlt. Cassandra-Rufe wie „Unter Grün-Rot wird die Wirtschaft den Bach runtergehen, Unternehmen werden nach Bayern fliehen, Arbeitsplätze sind gefährdet“ begleiteten den



Beginn der Kretschmann-Regierung. Und was ist tatsächlich passiert? BaWü ist bundesweit die **Wachstumslokomotive**, das **exportstärkste** Land in Deutschland.

BaWü ist **Innovationseuropameister**: Nirgendwo in Europa ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, der Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung so hoch wie im Südwesten.

2014 ist die **Zahl der Erwerbstätigen** im Land erstmals über die 6 Millionen-Marke **gestiegen** – heute sind über 300.000 Menschen mehr in Arbeit als im Jahr 2010.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie in fast keinem anderen Bundesland.

Ökologische Transformation der Wirtschaft ist unvermeidlich

Und allen Unkenrufen zum Trotz ist die ökologische Transformation der Wirtschaft nicht "wirtschaftsfeindlich", sie ist schlicht unvermeidlich. "Weiter so" ist keine realpolitische Alternative: Wir würden bis 2050 drei Erden verbrauchen, wollten wir weiter so wirtschaften wie bisher. Wenn aber Deutschland die Umstellung auf energie- und ressourceneffiziente Produkte und Lösungen verschläft, wird uns der Markt bestrafen, denn das Geschäft machen dann andere, die sich intelligenter auf die Anforderungen der Zukunft eingestellt haben.

Die ökologische Transformation der Wirtschaft wird unweigerlich kommen, die Frage ist nur, ob wir sie aktiv gestalten

oder ihr bloß hinterher rennen. Wir GRÜNEN bevorzugen das aktive Gestalten.

Im Moment findet ein grundlegender Wandel unseres gesamten Wirtschaftens statt. Digitalisierung und Vernetzung ist die Schlüsselinnovation, die alle Bereiche unseres Lebens verändert. Wenn wir ihre Vorteile nutzen und die Nachteile beherrschbar halten, hat die digitale Revolution Potential auch zur ökologischen Transformation der Wirtschaft.

Die Regierung Kretschmann hat die Breitbandinitiative gestartet, damit alle Haushalte Anschluss ans Hochgeschwindigkeitsinternet bekommen, und steckt 630 Mio. Euro in die Digitalisierung. Für dezentrale Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien brauchen wir intelligente Stromnetze. Vernetzte Digitalisierung kann zur Ressourcenschonung beitragen, und digitale Vernetzung ist auch bei der Mobilität zukunftssträchtig. Deshalb treiben die GRÜNEN die ökologische und technische Modernisierung voran.

Klimaschutz hat Priorität.

Die Zeit ist vorbei, wo uns bei allen unseren Klimaforderungen entgegengehalten wurde, das sei „reine Ideologie“. Klimaschutz als Priorität heißt Abschied von fossilen Energien, rascher Ausbau der Erneuerbaren, bessere Wärmedämmung und Ausstieg aus der Massentierhaltung. Alles andere ist ideologisches Festhalten an Überkommenem.

Anders als die Bundesregierung stellen wir uns im grün-roten Baden-Württemberg unserer Verantwortung.

Die Verkehrswende ist eingeleitet

Die GRÜNEN wollen mehr Mobilität und mehr Lebensqualität, nicht mehr Verkehr, denn der bedeutet: Lärm, Luftverschmutzung, Flächenversiegelung und -zerschneidung, Unfallgefahren und, immer drastischer, Ressourcenverbrauch und Klimabelastung.

Deshalb brauchen wir ganz dringend Innovation im Mobilitätsbereich. Daran hat die grün-rote Landesregierung in den



letzten 4 ½ Jahren gearbeitet und sehr viel erreicht – trotz großer Widerstände, trotz vieler Altlasten. Die Verkehrswende wurde in allen Bereichen erfolgreich eingeleitet.

Es gab einen Paradigmenwechsel beim Straßenbau. Wir haben dem Erhalt und der Sanierung den Vorrang vor ungezügelter Aus- und Neubau gegeben. Selbst CDU-Minister haben dieses Prinzip inzwischen übernommen.

GRÜNE Straßenbaupolitik ist transparent, nachvollziehbar, durchfinanziert,

nachhaltig. Wir haben die unsägliche Politik der Versprechungen beendet und die Straßenbauprojekte nach transparenten Kriterien priorisiert. Winfried Hermann durfte vergangenes Jahr eine Straße einweihen, die einst Hans Georg Filbinger (!!!) versprochen hatte. Der GRÜNE Verkehrsminister ist auch im Straßenbau kompetenter als die CDU-Straßenbauminister vor ihm. CDU und FDP haben bereits angekündigt, wieder andere Prioritäten zu setzen: mehr Straßeneubauten ohne gesicherte Finanzierung. Wo eine Wolfgeführte Regierung den Rotstift ansetzen würde, lässt die Polemik gegen unsere Förderung des Radverkehrs erahnen. Und ohne uns GRÜNE in der Regierung würde die Mobilitätsgarantie nicht Realität werden. Ein verbundübergreifender Landestarif, eine ambitionierte Luftreinhaltepolitik, an die Bedürfnisse der Menschen angepasste Geschwindigkeiten: Dafür stand und steht die GRÜNE Landespartei.

Das Musterlände ist also nicht nur nicht untergegangen, sondern steht so gut da wie selten zuvor. Damit das so bleibt: GRÜN wählen, Kretschmann wählen! *Peter Dunkl*

GRÜNE Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg – koordiniert und entschlossen

Im Laufe des Jahres 2015 sind in baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen insgesamt rund 185.000 Flüchtlinge angekommen. Einen Erstantrag auf Asyl haben zwischen Januar und Dezember 2015 über 100.000 Menschen gestellt, mehr als je zuvor.

Angesichts der stetig wachsenden Flüchtlingszahlen ergriff der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann schon früh die Initiative und erklärte das Thema zur Chefsache. Als erster Ministerpräsident berief er bereits im Oktober 2014 einen Flüchtlingsgipfel ein, an dem Vertreter der Kommunen, Kirchen, Flüchtlingshilfeorganisationen, Wohlfahrtsverbände sowie der Parteien und der Wirtschaft Baden-Württembergs teilnahmen. Im Juli 2015 folgte ein weiterer Gipfel, bei dem u.a. die Einrichtung einer Lenkungsgruppe für alle Flüchtlingsfragen beschlossen wurde.



Innerhalb kürzester Zeit wurden neue Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEAs) – u. a. in Heidelberg, Mannheim, Sinsheim – geschaffen, weitere sind geplant. Ba-

Wü ist jetzt bei einer Regelkapazität von rund 40 000 Erstaufnahmeplätzen angelangt. Außerdem entstand in Heidelberg ein Registrierzentrum, das bundesweit als Modell für eine zügige und effektive Aufnahme von Flüchtlingen dient. Von hier aus werden die Asylsuchenden auf die Stadt- und Landkreise verteilt.

Zur Unterstützung der Kommunen und Kreise bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge hat die Landesregierung u. a. die Flüchtlingspauschale von 10.000 € auf 13.260 € aufgestockt. Außerdem hat sie ein mit 30 Mio. € ausgestattetes Wohnraumprogramm aufgelegt und die Mittel für Integrations- und Sprachkurse sowie für die Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe und der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung erhöht.

Dem gemeinsamen Engagement von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Baden-Württemberg trotz aller Schwierigkeiten gut funktioniert – auch im bundesweiten Vergleich.

Wir GRÜNE nehmen aber auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst. Um, vor allem mit Blick auf die Ereignisse der Silvesternacht, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, wurden unter Mitwirkung der baden-württembergischen Landesregierung im Bund neue Gesetzespakete beschlossen. Dazu gehören die konsequente Strafverfolgung und, wo dies möglich ist, auch die Abschiebung straffällig gewordener Flüchtlinge. Allerdings nur in Übereinstimmung mit dem geltenden Asylrecht, das zum Kernbestand einer humanen Gesellschaft gehört.

Wir haben Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis entwickelt. Für uns GRÜNE hat die freiwillige Ausreise Vorrang vor einer Abschiebung. Dafür muss ein Land aber mehr tun, als nur Fristen vorzugeben: Die grün-rote Landesregie-

rung setzt deshalb auf eine aktive Rückkehrberatung, die auch medizinische Hilfe in den Herkunftsländern organisiert und Existenzgründungen unterstützt.

Ebenso konsequent wie Straftaten von Flüchtlingen müssen Gewalttaten von Deutschen gegen Flüchtlinge, Brandsätze gegen Flüchtlingsunterkünfte bis hin zu Angriffen und Beleidigungen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern verfolgt und bestraft werden! „Für Hass gegen Ausländer ist in Baden-Württemberg kein Platz“, sagt Ministerpräsident Kretschmann. *Juliane Gräbener-Müller*

Grüner Bildungsaufbruch - im Land und in Bammental

Beste Bildung von Anfang an

GRÜNE setzen sich dafür ein, dass alle Kinder in Baden-Württemberg, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die besten Startchancen haben. Durch einen wegweisenden Pakt mit den Kommunen hat die grün-geführte Landesregierung 2011 massiv in die frühkindliche Bildung investiert.

Auch Bammental hat davon stark profitiert. Durch Landeszuschüsse wurde der Bau einer neuen Kita möglich. Auch die moderate Gebührengestaltung ist den Landesmitteln zu verdanken, durch die 68 % der Betriebskosten finanziert werden. Inzwischen gibt es in Bammental bereits fünf Kita-Gruppen.

Schule fürs 21. Jahrhundert

Die grün-rote Landesregierung gibt für die Bildung unserer Kinder so viel aus wie keine andere zuvor. 11,82 Mrd. € wurden 2014 für die Bildung zur Verfügung gestellt. 2010 waren die Investitionen noch um rund 15 Prozent niedriger. Davon profitieren alle Schulen. So ist die Unterrichtsversorgung bei Erkrankung der Lehrkräfte spürbar besser geworden. Zusätzlich stehen



400 Stellen in der Krankheitsvertretung zur Verfügung.

GRÜNE Politik setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft ihre Talente und Begabungen optimal entfalten können. GRÜNE Bildungskonzepte bedeuten, dass Schulen die Chancengleichheit verwirklichen, Kreativität und Eigenverantwortung fördern und beste Bildung garantieren.

Stärkung der Elternrechte

Grüne Politik stärkt die Verantwortungsbereitschaft und die Rechte der Eltern. Bereits 2011 wurde deshalb die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft. Ebenso entscheidet der Elternwille auch, ob das Kind eine sonderpädagogische Einrichtung oder eine Regelschule besuchen soll. Inzwischen werden in Baden-Württemberg immer mehr Kinder mit und ohne Behinderung zusammen unterrichtet. Zum Gelingen der schulischen Inklusion stellt das Land langfristig etwa 100 Mill. € jährlich zur Verfügung.

Gemeinschaftsschule – eine sozial gerechte und leistungsfähige Schulform

Die Gemeinschaftsschule ist ein wichtiger Pfeiler für ein zukunftsweisendes und gerechtes Schulsystem in Baden-Württemberg, denn diese Schulform bietet allen Kindern die bestmögliche individuelle Förderung mit differenzierten Unterrichtskonzepten. Durch ein breites Spektrum an Schulab-

schließen wird vor allem auf dem Land die weiterführende Bildung nachhaltig gestärkt.

Auch Bammentals Schullandschaft ist ein Beispiel für die zukunftsfähige grüne Bildungspolitik. Die Elsenztaleschule gehört zu den ersten Gemeinschaftsschulen im Land. Durch neue Bildungskonzepte können so unsere Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren jeweiligen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Interessen gefördert werden.

Realschulen für die Zukunft gerüstet

Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen nimmt zu. Um leistungsstarken und schwächeren Kindern gleichermaßen gerecht zu werden, gibt es auch für die Realschulen zusätzliche Lehrstellen, die einer besseren individuellen Förderung zugute kommen. Um die Kinder und Jugendlichen künftig noch besser entsprechend ihrer Begabung unterrichten zu können, werden zum Schuljahr 2016/17 ab der siebten Klasse zwei verschiedene Lernniveaus eingeführt, wobei die Einstufung nach jedem Schulhalbjahr angepasst werden kann. Außerdem können Jugendliche an Realschulen dann neben der Mittleren Reife auch nach Klasse neun einen Hauptschulabschluss machen.

Achtjähriges Gymnasium verbessern – neunjährigen Weg zum Abi erproben

Die Landesregierung verbesserte die Rahmenbedingungen der G8-Gymnasien. Dazu gehört eine Erhöhung der Poolstunden, die ausschließlich für individuelle Förder- und Differenzierungsmaßnahmen in den Klassen dienen. Die Bildungspläne für das G8 werden derzeit weiterentwickelt.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit stellt ein niederschwelliges Angebot dar, das den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen ergänzt. Für ihren weiteren Ausbau hat die Landesregierung allein in den letzten drei Jahren 55 Millionen € bereitgestellt.

Auch Bammental muss nun seine Schulsozialarbeit nicht mehr aus eigenen Steuermitteln finanzieren – dank der Landeszuschüsse in Höhe von ca. 30 % wurden andere Projekte finanzierbar, z. B. ein Schulpsychologe am Bammentaler Gymnasium.

Berufsausbildung gestärkt

Die duale Berufsausbildung ist eine Erfolgsgeschichte, die vielen jungen Menschen einen fundierten Start ins Berufsleben bietet und den Fachkräftenachwuchs sichert. Die grün-geführte Landesregierung stärkt die duale Ausbildung und entwickelt sie zusammen mit Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften weiter.

Was die CDU will

Die CDU hat bislang keine Bildungskonzepte vorgelegt, die mehr Chancengleichheit ermöglichen und den dramatischen Rückgang der Schülerzahlen, besonders im ländlichen Raum, aufgreifen.

Anette Rehfuß

Interview mit Hermino Katzenstein, Landtagskandidat der GRÜNEN für den Wahlkreis Sinsheim

Bei der Landtagswahl am 13. März geht es darum, ob die grün-geführte Landesregierung mit Ministerpräsident Kretschmann weiterregieren kann. Was sind für dich die drei wichtigsten Gründe, GRÜN zu wählen?

Zentrale Aufgabe ist der Klimaschutz. Wir müssen weiterarbeiten an der Energiewende; gerade wir in Baden-

Württemberg, dem Land der Ingenieure, können vorbildlich sein. Wir haben zweitens eine Politik des Gehört-Werdens begonnen und damit einen entgegengesetzten Weg zur autoritären CDU-Vorgängerregierung eingeschlagen. Für mich ist drittens die nachhaltige Mobilität zentral.

Aktuelle große Herausforderung ist unser Umgang mit Flüchtlingen, wofür stehen hier die GRÜNEN, welche Rolle spielt das grün-rote Baden-Württemberg?



Statt zu jammern hat die Landesregierung kraftvoll angepackt und mit ihrem Krisenmanagement ein gutes Vorbild gegeben. Unterbringung und Integration der Flüchtlinge sind große Aufgaben. Wir stehen für Augenmaß und Menschlichkeit. Die Fluchtursachen müssen wir global angehen, es flieht ja niemand ohne Grund. Als große Ermutigung empfinde ich das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen auch im Rhein-Neckar-Kreis.

Wie gehen die GRÜNEN damit um, dass rechte Strömungen versuchen, aus der Lage Kapital zu schlagen?

Wir müssen rechten populistischen Strömungen entschieden entgegentreten. Da gibt es kein Anbieten. Wer rassistisch auftritt oder Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte unterstützt, muss die Ablehnung der Zivilgesellschaft spüren - und bei Gesetzesverstößen auch die Staatsgewalt. Natürlich müssen die Übergriffe an Silvester in Köln und anderswo konsequent verfolgt und bestraft werden. Eine weitere Verschärfung des Asylrechts trägt dazu nichts bei, damit zielt die CDU nur auf Wahlprozente.

Die Energiewende hat begonnen. Statt auf Atomenergie oder klimaschädliche Kohleverbrennung setzen die GRÜNEN auf den Dreiklang von Energiesparen, Effizienzsteigerung und Wechsel auf Erneuerbare.

Am Ausbau der Wind- und Solarenergie führt kein Weg vorbei. Die Blockade der Windenergie in Baden-Württemberg durch die CDU-Vorgängerregierungen wurde beendet. Das war mühsam, weil fast alles gefehlt hat, was für naturverträglichen Ausbau gebraucht wird. Jetzt kann es recht schnell gehen. Unser Ziel: 10 % des Stroms aus Windkraft bis 2020. Natürlich achten wir als GRÜNE auf den Naturschutz! Wenn bedrohte Arten gefährdet sind, wird im Zweifel nicht gebaut. Übrigens: In Eberbach haben sich im Herbst 60 Prozent der Bürger*innen für Windkraftanlagen am Standort „Hebert“ ausgesprochen.

Als Personalratsvorsitzender der Uni Heidelberg engagierst Du Dich für die sozialen Belange der abhängig Beschäftigten. Spürt man hier den Politikwechsel?

Mit dem Bildungszeitgesetz gibt es endlich auch in Baden-Württemberg die Möglichkeit, fünf Tage bezahlten Bildungsurlaub zu nehmen. Wichtig war auch das Tariftruegesetz, das öffentliche Aufträge nur an solche Auftragnehmer gestattet, die Tarife und gesetzliche Vorgaben wie den Mindestlohn einhalten.

Die baden-württembergische Landesregierung will ein enges Bündnis mit den mittelständischen Unternehmen insbesondere bei der digitalen Revolution und bei der ökologischen Modernisierung.

Wir sind das Land der Tüftler und Denker. Auch in der Region haben wir zahlreiche hochinnovative Unternehmen. Die brauchen wir, um unsere Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Weniger Energie und Rohstoffe verbrauchen, Abfall vermeiden und nachhaltige Produkte sind auch im Inte-

resse der Wirtschaft. Damit die großen Veränderungen von allen mitgetragen werden, müssen Datensicherheit und Datenschutz beachtet werden. Wir sorgen dafür, dass es auch in der digitalen Welt anständige Arbeitsbedingungen gibt.

Dein Wahlkreis Sinsheim umfasst städtische wie auch ländlich geprägte Regionen. Welche Ziele setzen sich die GRÜNEN für den ländlichen Raum?

Wir wollen für alle Orte eine Mobilitätsgarantie, d.h. die stündliche Anbindung an den Nahverkehr von 5 Uhr bis Mitternacht.

Ich führe gerade Gespräch mit den Bürgermeister*innen im Wahlkreis. Alle betonen die Wichtigkeit des Ausbaus des schnellen Internets. Da liegen wir an der Spitze der Bundesländer.

Du bist ambitionierter Verkehrspolitiker und als Vorstand im ADFC für bessere Radpolitik engagiert. Was können wir von Verkehrsminister Winke Hermann in der nächsten Regierung erwarten?

Für die Mobilitätsgarantie muss der ÖPNV ausgebaut werden, neue Regio-Busse schließen Lücken, flexible Verkehrsmittel wie Rufbusse, Ruftaxis und Bürgerbusse werden eingesetzt. In einem bürgernahen Verfahren wurde zudem eine Radstrategie für das Land erarbeitet, die nun umgesetzt wird. Da will ich als Abgeordneter gerne mitgestalten.

Der Rhein-Neckar-Kreis arbeitet gerade an einem Kreisradnetz. Im Landtag will ich mich dafür einsetzen, dass Radwege an Landes- und Bundesstraßen ermöglicht werden, z.B. der Radweg Heidelberg-Neckargemünd. Da hat Minister Hermann kürzlich Unterstützung zugesagt.



Die Kretschmann-Landesregierung will Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligen.

Das ist eine der großen Veränderungen der letzten 5 Jahre. Politik wird nicht mehr über die Köpfe der Menschen hinweg durchgesetzt, sondern miteinander entwickelt. Beim Naturpark Schwarzwald hat Grün-Rot das sehr erfolgreich gemacht, bei Stuttgart 21 auch. Da haben wir zwar verloren, aber die Regierung hält sich an das Ergebnis des Volkentscheids. Als Landtagsabgeordneter werde ich die hiesige Bevölkerung einbinden. Ich möchte Politik für die Region mit den Menschen zusammen machen - auch mit den 24 Kommunalvertretungen im Wahlkreis. In Sinsheim, Neckargemünd und Eberbach werde ich regelmäßig Bürger*innensprechstunden anbieten.

Du bist als Stadtrat und Kreisrat in der Kommunalpolitik aktiv. Welche Ziele willst Du in den nächsten Jahren in den Kommunen verwirklichen?

Als Abgeordneter will ich Bindeglied zwischen Kommunen und Landesregierung sein. Wenn ich in Stuttgart von Fördermöglichkeiten erfahre, werde ich das an meine hiesigen Kommunen weitertransportieren. Umgekehrt will ich hören, was Gemeinden brauchen und mich für gute Projekte in Stuttgart stark machen.

Was sind die wichtigsten Ziele des Landtagsabgeordneten Katzenstein für die Region?

Ich möchte, dass hier die Energiewende gelingt. In fünf Jah-

ren soll an den geeigneten Standorten mit Windrädern regenerative Energie gewonnen werden, auch die Solarenergie muss weiter vorankommen. Ich möchte ein kreisweites flächendeckendes Radverkehrsnetz mit guten Abstellmöglichkeiten an den S-Bahn-Haltestellen sowie andere innovative Projekte der Verkehrswende in die Region bringen. Unsere regionale Wirtschaft will ich bei der ökologischen Modernisierung begleiten. Und ich möchte, dass die Flüchtlinge in den Gemeinden gut untergebracht sind und es ein offenes und friedliches Miteinander gibt.

Das Gespräch führte Rolf Gramm.



Wussten Sie schon,

- dass die 62 fleißigsten Menschen der Welt genauso reich sind, wie die 3,5 Milliarden faulsten Menschen zusammen?
- dass die wahren Gründe für diese Schieflage vielleicht doch nicht Fleiß bzw. Faulheit sind?
- dass lautes Wolfsgeheul nicht immer lauter Wahrheit ist?
- dass die AfD auf die Frage, wie denn die Grenzen dichtzumachen sind, neuerdings nicht mehr mit blubb, blubb, blubb, sondern peng, peng antwortet?
- dass die jährlichen Kosten für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge nur einen geringen Bruchteil der Kosten für die Bankenrettung betragen?
- dass viele Leute mir ihren Steuergeldern lieber Banken als Menschen retten?
- dass das Artensterben nicht durch den Ausbau der Windenergie, sondern durch den Klimawandel verursacht wird?
- dass der REWE-Kreisel nun doch kein Parkplatz werden soll?



Termine:

Sonntag, 6.3., 11 - 14 Uhr, Familienzentrum: 9. GRÜNES Frauenfrühstück
27.2., 5. und 12.3., 10.00 – 13.00 Uhr: Infostand auf dem Rathausplatz

V. i.Sd.P.:

Juliane Gräbener-Müller
Fischersberg 23
69245 Bammental